



Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Beschluss

TOP II. 2 Angemessene Strafen bei Cybercrime-Delikten

Berichterstattung: Bayern, Baden-Württemberg, Saarland,
Sachsen-Anhalt, Hessen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass Cyberkriminalität in stets zunehmendem Umfang Unternehmen, die Privatsphäre und das Sicherheitsgefühl der Menschen bedroht und das Potenzial hat, die Grundlagen von Demokratie, Rechtsstaat und Wirtschaft massiv zu gefährden.
2. Insbesondere Cyberangriffe nehmen in jüngster Zeit quantitativ und qualitativ stark zu und verursachen häufig erhebliche Schäden bei Einzelnen sowie bei Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Im Hinblick auf die rasante Entwicklung im Bereich der mit dem Internet vernetzten Geräte (Industrie 4.0, Internet of Things, Smart Cars etc.) ist kurz- und mittelfristig mit einer weiter wachsenden Anzahl von Cyberangriffen zu rechnen. Vor diesem Hintergrund gilt es zu überprüfen, ob die Tatbestände und Strafrahmen der §§ 202a ff., §§ 303a f. StGB den aktuellen Entwicklungen ausreichend gerecht werden, den Unrechtsgehalt der Taten ausreichend widerspiegeln und eine generalpräventive Funktion effektiv entfalten. Gleichzeitig muss geprüft werden, ob den Strafverfolgungsbehörden geeignete und verhältnismäßige Ermittlungsinstrumente zur Verfügung stehen, um diese Delikte effektiv verfolgen zu können.



92
NRW
2021

92. KONFERENZ DER
JUSTIZMINISTERINNEN
UND JUSTIZMINISTER

3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten daher die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, diese Prüfung vorzunehmen und über das Ergebnis auf der Frühjahrskonferenz 2022 zu berichten. Darüber hinaus bitten sie die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, eine Expertenkommission zur grundlegenden Überarbeitung des Cyberstrafrechts einzurichten.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen